

## Provisorische Nationalversammlung. — Beilage 34.

# Antrag

der

Nationalräte Malik und Genossen,

betreffend

## die Subvention der Wiener Fiaker- und Einspännergenossenschaft.

Bei der Mobilisierung im Jahre 1914 wurden den Mitgliedern der Wiener Fiaker- und Einspännergenossenschaften zahlreiche Kraftfahrzeuge requiriert. Der Vorgang hierbei war nicht stets einwandfreier. Es kamen sehr zahlreiche Fälle vor, in denen lediglich das staatliche Interesse, nicht aber das Interesse der Fuhrwerksbesitzer gewahrt wurde.

Man schätzte die Wagen zum Beispiel zu niedrig ab und gab den Besitzern eine tagweise Gebühr. Nach einigen Monaten wurden die Wagen jedoch in das Eigentum der Heeresverwaltung übernommen, und zwar um den Schätzungspreis, nach Abzug der Tagesgebühr. Die Folge davon war, daß zahlreiche Besitzer bei ihren Kraftfahrzeugen mehrere tausend Kronen einbüßten. Diese Beträge schulden sie noch an die Fabriken und Händler als aus dem Felde heingekehrte arme und brotlose Soldaten.

Das Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft hat nunmehr die Aufgabe, das vorhandene nicht mehr notwendige Material „möglichst gut“ in die Volkswirtschaft zu bringen und ist natürlich bestrebt, teuer zu verkaufen, während man früher möglichst niedrig einkaufte, beziehungsweise abschätzte.

Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, dem Staatsbürger, welcher in seiner Vaterlandsliebe stillschweigend zu Beginn dieses ungeligen Krieges schwere Opfer brachte, gewissermaßen zu pressen. Es kann aber auch andererseits schwer gefordert werden, daß das Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft sich mit jedem einzelnen dieser Fälle beim Verkaufe dieses Riesenquantums von Materialien befaßt. Das wäre technisch kaum durchzuführen. Es wäre demnach der Verkauf normal durchzuführen und die Organisation in Form einer Subvention an die Genossenschaften rückzuerstatten, welche die Verhältnisse der einzelnen Mitglieder und der Entschädigung genau kennt.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen:

„Es seien den Wiener Fiaker- und Einspännergenossenschaften je 100.000 K staatliche Subventionsgelder zum Zwecke der Schadloshaltung derjenigen Mitglieder zu bewilligen, welche durch den Verkauf ihrer Wagen zu Kriegszwecken geschädigt wurden.“

Dieser Antrag ist ohne erste Lesung dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zuzuweisen.

Wien, 14. November 1918.

Richter.  
Rittinger.  
Lutsch.  
Fahrner.  
Gruska.  
Ganzer.

Anirsch.  
Dr. Heilinger.  
Klegenbauer.  
Waber.  
Wiedra.  
Schürff.

D. Tenzel.  
Karl Tre.  
Kopp.  
W. Kuhn.  
M. Kieger.  
K. Schürl.

Malik.  
Remetter.  
Hummer.  
Bang.  
Felzmann.  
Dent.